Anfrage von DIE LINKE vom 27.09.2023

Wirksame Klimaanpassungskonzepte

Journalist:innen von BR Data, NDR Data, WDR Quarks und CORRECTIV haben bei allen 400 Landkreisen und kreisfreien Städten nachgefragt, welche Maßnahmen zur Klimaanpassung vor Ort durchgeführt werden. Die Ergebnisse sind u.a. bei

<https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/anpassung-deutschland-klimafolgen/>

und

<https://correctiv.org/aktuelles/klimawandel/2023/07/12/wasser-mangel-hitze-starkregenderre-deutschland-landkreise-unvorbereitet-extremwetter/>

nachzuvollziehen.

Dort wird für Leverkusen u.a. angegeben, dass sich die Zahl der Hitzetage von 171 im Zeitraum von 1961 - 1990 auf 331 zwischen 1993 - 2022 fast verdoppelt hat. Zum Hitzeschutz würden bereits Begrünung mit Bäumen, Begrünung von Fassaden und Beschattungselemente erfolgen, während Entsiegelung von Flächen, Anlegen von Wasserflächen und ein Hitzeaktionsplan bislang erst geplant seien. Zusätzliche Maßnahmen seien Klimatisierung und Verschattung von Wartebereichen sowie Integration von Hitzeschutz in die Bauleitplanung (Klima-Check Bauleitplanung).

Die Anzahl von Dürremonaten hat mit 86 in der Zeit von 1993 - 2022 im Vergleich zu 60 von 1961 - 1990 um fast 50% zugelegt. Der aktuelle Stand der Maßnahmen gegen Dürre bestehe aus Anpflanzung von dürreresistenten Baum- und Pflanzenarten und Förderung von langsamen Abflusssystemen, während Entsiegelung von Flächen und Rückbau von schnellen Abflusssystemen bislang nur geplant seien und die Umsteuerung von Grabenentwässerungssystemen noch nicht abschließend bewertet sei. Zum Thema Wassermangel liegen noch wenige Erkenntnisse vor. Ein Vorhersagemodell für Grundwasser sei noch nicht abschließend bewertet. Regelungen der Wasserentnahme oder Wasserreservoirs seien nicht relevant.

Für Starkregenereignisse, die es in Leverkusen von 2001 - 2021 19 Mal gab, mit drei Ereignissen im Jahr 2005 und der Überflutung weiter Teile der Stadt bei der Hochwasserkatastrophe von 2021 wurde für Maßnahmen gegen Starkregen angegeben, dass eine Anpassung des Hochwassermanagements an die Häufung von Extremhochwasser vorgenommen wurde und die Schaffung und Erweiterung von Überflutungsflächen sowie die Anwendung von Schwammstadtprinzipien geplant sei. Zum Hochwasserschutz gäbe es bereits Deiche und Mauern sowie eine Talsperre, während angepasstes Hochwassermanagement und Schwammstadtprinzipien bislang nur geplant seien.

Bis 2050 rechne die Stadt mit einer Zunahme folgender Risiken: Hitze, Dürre, Starkregen und Hochwasser, während Wassermangel unklar sei.

Durch die Beschlüsse zu den Anträgen Nrn. 2018/2495 und 2018/2502 sind in Bebauungsplänen verbindliche Angaben zu Dach- und Fassadenbegrünungen und

sonstigen Bepflanzungen vorzusehen. Zudem wurde im Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt am 4.5.2023 laut Tagesordnung ein Bericht der Verwaltung zum Thema "Hitzeaktionsplan" gehalten, der laut https://ris.leverkusen.de/to0050.asp?__ktonr=83519 der Niederschrift hinzugeführt werden sollte, aber im RIS nicht an der vorgesehenen Stelle oder als Teil der Niederschrift Ö zu finden ist.

Hierzu haben wir folgende Anliegen/Fragen:

I. Hitzeschutz

1.

Bitte stellen Sie den Bericht zum Hitzeaktionsplan an der angekündigten Stelle im RIS der Öffentlichkeit zur Verfügung.

2.

Sind im Rahmen der Erstellung der Grünsatzung Mechanismen für Bebauungen vorgesehen, die nicht die Vorgaben der Satzung entsprechen, bzw. eine Motivation für Eigentümer dazu, bestehende Bebauungen, die die Vorgaben nicht erfüllen, zu entsiegeln?

3.

Wie ist der Stand bei der Einführung eines Gründachkatasters für Leverkusen, wie es mit der Annahme des Antrags 2023/1978 beschlossen wurde?

4.

Ist bei der Vorbereitung/Umsetzung dieses Katasters auch die Berücksichtigung von Fassadenbegrünungen geplant/vorgesehen?

5.

Ist geplant, die bislang rein auf privater Meldung von "kühlen Lieblingsplätzen" im Stadtgebiet (vgl. <https://beteiligung.nrw.de/portal/leverkusen/beteiligung/themen/1003130>) durch eine systematische Ermittlung insb. in Stadtquartieren, bei denen noch kein solcher Platz gemeldet wurde, zu ergänzen?

6.

Ist die Einbeziehung von Solarpanels in Beschattungsmaßnahmen, z.B. an Bushaltestellen, vorgesehen?

II. Dürre

1. Gibt es eine Übersicht, wie viel Grundwasser an welchen Stellen auf dem Stadtgebiet verfügbar ist und wie viel sich jährlich im Durchschnitt erneuert? Wenn nein, bitte begründen.

2.

Wird bei der Berechnung des Durchschnitts der jährlichen Grundwassererneuerung bereits die veränderte Niederschlagssituation berücksichtigt?

3.

Bitte begründen Sie, warum die Stadtverwaltung Wasserreservoirs für nicht relevant hält, aber das Vorhandensein von Talsperren angegeben und damit offenbar die in der Renaturierung befindliche Talsperre Diepental miteinbezogen hat.

4.

Gibt es eine Übersicht der Wasserentnahme in Leverkusen, in der alle Wasserentnahmerechte mit mindestens dem Namen der berechtigten Stelle, jährlicher Höchstmengenangabe und Laufzeit der Entnahmerechte festgehalten sind? Wenn nein, bitte begründen.

5.

Gibt es zur Wasserentnahme berechnete Personen, Betriebe oder sonstige Stellen in Leverkusen, bei denen Wasserentnahmerechte nicht befristet sind? Wenn ja, wie groß ist der Anteil deren jährlicher Wasserentnahme am Gesamtvolumen?

6.

Erfolgen jährliche Meldungen der zur Wasserentnahme Berechtigten darüber, wie viel Wasser sie entnommen haben?

7.

Wie erfolgt die Überprüfung, ob die darüber gemachten Angaben korrekt sind?

8.

Welche Maßnahmen erfolgen, wenn zur Wasserentnahme Berechnete die ihnen zugestandene jährliche Höchstmenge überschritten haben?

9.

Wie positioniert sich die Stadtverwaltung zur Einführung eines Wasserentnahmeentgelts auf Basis der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die vorsieht, dass entsprechend dem Verursacherprinzip Kosten für Wasserdienstleistungen einschließlich umwelt- und ressourcenbezogener Kosten zu entrichten sind?

III. Überflutung

1.

Wie ist der Stand bei der Einführung eines Entsiegelungskatasters in Leverkusen, wie es mit der Annahme des Antrags Nr. 2023/1978 beschlossen wurde?

2.

Welche konkreten Schritte wurden bei der Realisierung eines Schwammstadtkonzepts für Leverkusen gemäß der Vorlage Nr. 2021/1166 bereits umgesetzt (z.B. Leitbild, Berücksichtigung in Bebauungsplänen) und welche Meilensteine stehen noch aus?

3.

Wo wurden bei städtebaulichen Veränderungen in Leverkusen bereits Elemente des Schwammstadtprinzips (z.B. Zisternen/Rigolen, Schaffung von Grünstrukturen, Anpassung von Entwässerungs- und Abflusssystemen) umgesetzt?

Stellungnahme:

Zu den Ziffern I. Hitzeschutz und III. Überflutung wird der Fachbereich Mobilität und Klimaschutz DIE LINKE im ersten Quartal 2024 zu einem Gespräch einladen. Der Fachbereich Umwelt wird ebenfalls daran teilnehmen. Dieses Vorgehen wurde mit vertretenden Personen von DIE LINKE abgestimmt.

Die Fragen zu Ziffer II. Dürre beantwortet der Fachbereich Umwelt wie folgt:

Zu 1.:

Nein, wasserwirtschaftliche Grundlagendaten werden gemäß Zuständigkeitsverordnung vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) erhoben, verarbeitet und veröffentlicht. Allgemeine Grundwasserauskünfte bezüglich Grundwasser-Stand können bei der Unteren Wasserbehörde, aber auch über das Landesportal, abgefragt werden.

Zu 2.:

Siehe Antwort zu Frage 1. Die Zuständigkeit liegt beim LANUV.

Zu 3.:

Für die zentrale Wasserversorgung in Leverkusen ist die Energieversorgung Leverkusen GmbH (EVL) im Verbund mit anderen Wasserwerksbetreibern (Wupperverband, Currenta, Verbandswasserwerk Langenfeld Monheim etc.) zuständig. Hierfür hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit dem Landesrecht die Erstellung von Wasserversorgungskonzepten gefordert und geregelt. Im Übrigen werden nur Talsperren einbezogen, die sowohl qualitativ als auch quantitativ relevant sind. Die Diepentalperre zählt nicht dazu und war eigens zur Sicherung des Hochwasserabflusses errichtet.

Zu 4.:

Ja.

Zu 5.:

Nein.

Zu 6.:

Ja.

Zu 7.:

Im Wasserrechtsbescheid ist die Aufzeichnung über einen Wasserzähler gefordert. Diese Angabe/Ablesung wird jährlich eingereicht und bei der Betriebsprüfung/Überwachung kontrolliert.

Zu 8.:

Bis dato ist dieser Fall noch nicht aufgetreten, andernfalls wird zunächst eine Anhörung eingeleitet und je nach Tatbestand ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eröffnet.

Zu 9.:

Die Einführung des Wasserentnahmeentgelts ist grundsätzlich Ländersache und dementsprechend führt dies zu unterschiedlichen Ansätzen hinsichtlich der Menge,

des Preises und der jeweiligen Branche bis hin zu Ausnahme- und Befreiungsmöglichkeiten. Auf Grund der Mengenschwellen werden die Großabnehmer*innen/Verbraucher*innen durch die Bezirksregierung Köln veranlagt bzw. die Genehmigungen erteilt, sodass dann über die entsprechenden Fördertöpfe für Maßnahmen der Europäischen Union-Wasserrahmenrichtlinie die Mittel an die Kommunen zurückfließen. Eine direkte Einnahme/Rückfluss des Wasserentgelts erfolgt nicht.

Umwelt in Verbindung mit Mobilität und Klimaschutz